

Zufriedenheiten und Zukunftserwartungen: Tendenz fallend: vom Wohlstandsklima der 80er Jahre zum Problemklima der 90er Jahre

Bulmahn, Thomas; Mau, Steffen

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bulmahn, T., & Mau, S. (1996). Zufriedenheiten und Zukunftserwartungen: Tendenz fallend: vom Wohlstandsklima der 80er Jahre zum Problemklima der 90er Jahre. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 16, 5-8. <https://doi.org/10.15464/isi.16.1996.5-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Zufriedenheiten und Zukunftserwartungen: Tendenz fallend

Vom Wohlstandsklima der 80er Jahre zum Problemklima der 90er Jahre

Das öffentliche Klima in der Bundesrepublik wird zunehmend von Themen bestimmt, die die Zukunft des wohlfahrtsstaatlichen Modells berühren. Um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten und den finanzpolitischen Sparzwängen der öffentlichen Haushalte gerecht zu werden, scheint ein Umbau des Sozialstaates verbunden mit vielfältigen Leistungskürzungen unumgänglich zu sein. Es stellt sich die Frage, ob die sozialen und ökonomischen Voraussetzungen, auf denen unser System der sozialen Sicherung beruht, noch gegeben sind. Die öffentlichen Krisenrhetoriken tragen dazu bei, daß der Wohlfahrtsstaat immer weniger als Problemlöser, dafür aber immer mehr als das eigentliche Problem erscheint. Die Zeiten, in denen Zuwächse zu verteilen waren, sind offensichtlich vorüber. In vielen Bereichen geht es nur darum, Einsparungen abzuwehren. Die Bevölkerung reagiert sensibel auf das rauhere soziale Klima. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen werden im folgenden aktuelle Trends präsentiert, die die Abnahme der Lebenszufriedenheit, die veränderte Bewertung des politischen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik sowie die sich verschlechternden Zukunftserwartungen der Bevölkerung dokumentieren. Die empirischen Untersuchungen basieren auf den Daten von fünf repräsentativen Stichprobenerhebungen: den Wohlfahrtssurveys von 1988, 1990 und 1993, dem Sozialwissenschaften Bus vom Oktober 1994 und einer Bus-Einschaltung des WZB vom Dezember 1995.

Genereller Trend bis 1993: Verbesserungen im Osten - Stabilität im Westen

Der soziale Umbruch in Ostdeutschland brachte neben allen Belastungen und Problemen auch die Verbesserung der objektiven Lebensbedingungen der dort lebenden Bevölkerung mit sich. Viele Indikatoren wie die Einkommensentwicklung und die Haushaltsausstattung zeigen deutliche Verbesserungen an. Im Jahr 1993 war jeder zweite ostdeutsche Befragte (48 Prozent) der Meinung, daß sich seine persönlichen Lebensbedingungen seit 1990 verbessert haben (Tabelle 1). Der Anteil der Personen, die ihre Lebensbedingungen für verschlechtert hielten, lag dagegen bei nur 23 Prozent. Trotz der bekannten Probleme von wirtschaftlicher Umstrukturierung und Arbeitslosigkeit ist auch eine Verbesserung des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland zu konstatieren. Der Mittelwert der allgemeinen Lebenszufriedenheit, gemessen auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden), stieg von 6,6 (1990) auf 6,9 (1993).

In Westdeutschland konnte in den ersten Jahren nach der Vereinigung eine hohe Stabilität sowohl in Hinblick auf die objektiven Lebensbedingungen als auch hinsichtlich des subjektiven Wohlbefin-

dens festgestellt werden. Im Jahr 1993 lag der Mittelwert der allgemeinen Lebenszufriedenheit bei 7,9, also exakt auf dem Niveau, das auch in den Untersuchungen Ende der 80er Jahre gemessen wurde. Mehr als die Hälfte der westdeutschen Befragten gab an, daß sich ihre persönlichen Lebensbedingungen in diesem Zeitraum kaum verändert haben. Allerdings berichtete ein Drittel der Westdeutschen von einer Verschlechterung der Lebens-

bedingungen (vgl. ISI Nr. 11, 1994). Mit Blick auf das Ausgangsniveau und die Gewohnheit stetiger Wohlstandssteigerungen konnte von einer leichten Verstimmung gesprochen werden. Diese Beobachtungen entsprachen dem generellen Trend „Verbesserung im Osten - Stabilität im Westen“.

Deutlicher Rückgang der Lebenszufriedenheit in Ost und West

Die Ergebnisse unserer neueren Erhebungen zum subjektiven Wohlbefinden (SowiBus im Oktober 1994, Bus-Einschaltung im Dezember 1995) deuten auf eine Entwicklung hin, die dem beschriebenen Muster Ost-Angleichung an den stabilen West-Standard entgegenläuft. Die Mittelwerte der allgemeinen Lebenszufriedenheit sind deutlich zurückgegangen (Tabelle 2). Im Westen verringerte sich die Lebenszufriedenheit innerhalb von nur zwei Jahren von 7,9 (1993) auf 7,0 (1995). In Ostdeutschland belegen die aktuellsten Daten ein nahezu gleiches Ausmaß der Verschlechterung. Die allgemeine Lebenszufriedenheit sank von 6,9 (1993) auf 6,2 (1995), also sogar unter den Wert von 1990 (6,6). In Westdeutschland haben vor allem die obersten Zufriedenheitspositionen abgenommen, während sich im Osten die Verschlechterung insbesondere durch eine Zunahme der untersten Zufriedenheitsränge ergab. Der Rückgang ist jedoch nicht auf einige Alters-, Bildungs- oder Berufsgruppen beschränkt, sondern betrifft nahezu alle soziale Gruppen.

Die Interpretation dieser Resultate wird noch schwieriger, wenn man neben dem

Tabelle 1: Bewertung der Lebensbedingungen seit 1990

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1993	1994	1995	1993	1994	1995
in Prozent						
Die Lebensbedingungen seit 1990 haben sich insgesamt						
eher verbessert	10	17	21	48	59	61
kein großer Unterschied	59	64	48	29	24	23
eher verschlechtert	31	19	30	23	17	17
Die wirtschaftliche Situation des Haushaltes hat sich						
seit 1990 verbessert	-	23	19	-	58	59
etwa gleich geblieben	-	59	51	-	26	25
verschlechtert	-	18	30	-	16	16

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993; SowiBus 1994; Buseinschaltung 1995

Tabelle 2: Allgemeine Lebenszufriedenheit

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1988	1993	1994	1995	1990	1993	1994	1995
	Mittelwerte ¹							
Insgesamt	7,9	7,9	7,4	7,0	6,6	6,9	6,9	6,2
Geschlecht								
Männer	7,9	7,9	7,5	7,0	6,6	6,9	7,0	6,4
Frauen	8,0	7,9	7,4	7,0	6,4	6,9	6,9	6,0
Alter								
18-34 Jahre	7,9	8,0	7,3	7,1	6,7	7,1	7,0	6,0
35-64 Jahre	8,0	7,9	7,4	6,9	6,3	6,8	6,8	6,2
65 Jahre und älter	7,8	7,8	7,5	6,9	6,6	6,8	7,2	6,6
Bildung								
ohne Abschluß/ Hauptschule	7,9	7,8	7,3	6,8	6,4	6,5	6,8	6,0
Mittlere Reife	8,0	8,1	7,5	7,2	6,7	7,0	6,9	6,5
Abitur	7,9	8,0	7,4	7,4	6,6	7,3	7,5	6,4
Erwerbsstatus								
Erwerbstätige	8,0	8,0	7,6	7,1	6,6	7,2	7,1	6,4
Nichterwerbstätige	7,8	7,8	7,4	6,9	6,3	6,6	6,9	6,0

¹ Mittelwerte auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost;
Wohlfahrtssurvey 1993; SowiBus 1994; Buseinschaltung 1995

Rückgang des subjektiven Wohlbefindens auch die wahrgenommene Entwicklung der objektiven Lebensbedingungen betrachtet. Hier zeigt sich, daß auch im Jahr 1995 eine deutliche Mehrheit der Ostdeutschen (61 Prozent) Verbesserungen wahrnimmt. Für Westdeutschland sind die Ergebnisse denen der 1993er Erhebung ganz ähnlich. Fast 50 Prozent der westdeutschen Befragten berichten von stabilen Lebensbedingungen, 30 Prozent von Verschlechterungen und 20 Prozent von einer Verbesserung. Die Bewertung der wirtschaftlichen Situation des Haushaltes bestätigt dieses Bild (Tabelle 1). Die Lebenszufriedenheit unterliegt Bewertungsmodi, die sich aus dem Zusammenspiel von persönlichen Lebensbedingungen, Anspruchs- und Vergleichsniveaus und Wirklichkeitsinterpretationen ergeben. Da auf der Ebene der objektiven Lebensbedingungen keine fundamentalen Verschlechterungen stattgefunden haben, liegt die These nahe, daß sich die Aufmerksamkeit für substantielle Problemstellungen erhöht hat. Die Resultate deuten auf ein sich ausbreitendes Problemklima in Ost- und Westdeutschland hin. Die Parallelität der Zufriedenheitsrückgänge in Ost- und Westdeutschland

läßt auf einen einheitlichen Problemhorizont schließen, der die spezifischen Umstellungsbelastungen in Ostdeutschland überlagert.

Unzufriedenheit mit öffentlichen Bereichen

Die Veränderungen der Zufriedenheiten mit der politischen Partizipation, der sozialen Sicherung sowie der öffentlichen

Sicherheit (Tabelle 3) stützen die These einer sich aus öffentlichen Themenkonjunkturen speisenden wachsenden Verunsicherung der bundesdeutschen Bevölkerung, die auf das subjektive Wohlbefinden durchschlägt. Das wohlfahrtsstaatliche System der Bundesrepublik ist heute Anfechtungen ausgesetzt, die unter dem Stichwort „Krise des Sozialstaates“ verhandelt werden. Diese Entwicklung ist von Finanzierungsgespässen der öffentlichen Haushalte begleitet, wodurch die Belastungsgrenzen der sozialen Sicherungssysteme stärker in den Vordergrund treten. Die nicht unumstrittene Mitfinanzierung einigungsbedingter Kosten durch das System der sozialen Sicherung ist dabei nur ein Teilaspekt eines größeren Zusammenhangs. Heute sind viele sozialstaatliche Arrangements zum virulenten Konfliktthema geworden. Umbau- und Anpassungsnotwendigkeiten werden angemahnt. Werden die Sparpläne der Bundesregierung Wirklichkeit, dann stehen vielfältige Einschnitte in das soziale Netz bevor, die bereits heute von der Bevölkerung kritisch beurteilt werden. Vor diesem Hintergrund zeigt sich ein Rückgang der Zufriedenheit mit dem System der sozialen Sicherung von 6,6 (1993) auf 5,5 (1995) in Westdeutschland und von 5,2 (1993) auf 4,5 (1995) in Ostdeutschland. Damit werden die Bewertungen der Vorjahre deutlich unterschritten. In Westdeutschland ist von 1988 bis 1995 ein erheblicher Rückgang um 1,5 Skaleneinheiten zu verzeichnen. Ähnlich reagibel zeigt sich auch die Einschätzung der politischen Partizipationsmöglichkeiten. Die Zufriedenheit mit diesem öffentlichen Bereich war von 1990 auf 1993 drastisch abgesunken. Hier schei-

Tabelle 3: Zufriedenheit mit politischer Partizipation, sozialer Sicherung und öffentlicher Sicherheit

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1988	1993	1994	1995	1990	1993	1994	1995
	Mittelwerte ¹							
Zufriedenheit mit								
Politischer Partizipation	6,0	5,2	5,8	5,4	5,7	4,5	5,4	4,9
Sozialer Sicherung	7,0	6,6	6,1	5,5	4,9	5,2	5,1	4,5
Öffentlicher Sicherheit	5,8	5,0	5,2	4,8	3,4	3,6	3,3	3,0

¹ Mittelwerte auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost;
Wohlfahrtssurvey 1993; SowiBus 1994; Buseinschaltung 1995

nen insbesondere in Ostdeutschland Desillusionierungen in bezug auf die Gestaltungsmöglichkeiten des Vereinigungsprozesses eingetreten zu sein. Für das Jahr 1994 können wir dagegen eine leichte Verbesserung der Zufriedenheiten mit den Möglichkeiten politischer Partizipation feststellen, wobei die Ursache in den erhöhten Beteiligungsmöglichkeiten im Wahljahr gelegen haben könnte. Im Jahr 1995 fallen diese Zufriedenheitsangaben wiederum auf ein niedriges Niveau, erreichen aber nicht mehr den Tiefpunkt von 1993. In dem dritten Lebensbereich, der öffentlichen Sicherheit, sind die ermittelten Niveaus extrem gering, wobei der ostdeutsche Wert von 3,0 noch deutlich unter dem westdeutschen Wert von 4,8 liegt. Mit diesen niedrigen Werten weist der Bereich öffentliche Sicherheit das größte Potential an Unzufriedenheit auf.

Zukunftserwartungen gedämpft

Eine weitere Bestätigung für das Wirken von Negativprojektionen ist zu erfahren, wenn man die Zukunftserwartungen der Bevölkerung in den Blick nimmt. Diese sind ein seismographischer Indikator für Befürchtungen und Ängste. Von 1994 bis 1995 können wir einen signifikanten

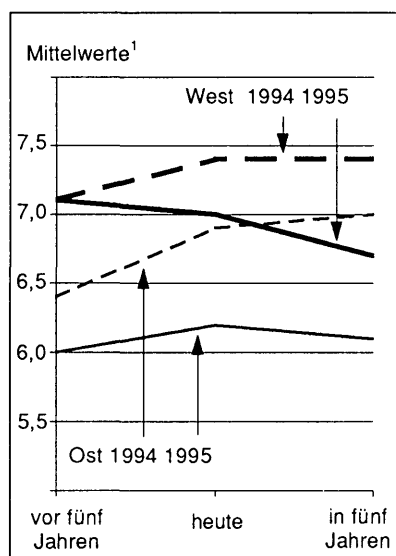
Rückgang sowohl der gegenwärtigen als auch der zukünftig erwarteten Lebenszufriedenheit feststellen (Graphik 1). Dabei sind die Zukunftserwartungen noch stärker eingebrochen als die Gegenwartseinschätzungen. 1994 ging die westdeutsche Bevölkerung noch davon aus, daß das subjektive Wohlbefinden auf hohem Niveau stabil bleiben wird. Im Vergleich bleiben 1995 die Vergangenheitsbewertungen zwar stabil, aber die gegenwärtige Lebenszufriedenheit sinkt um 0,4 Skalenpunkte und die in einer 5-Jahres-Frist erwartete Lebenszufriedenheit sogar um 0,7 Skalenpunkte ab. In Ostdeutschland sind diese Verschiebungen nach unten noch deutlicher ausgefallen. Für das Jahr 2000 rechnet die ostdeutsche Bevölkerung nur noch mit einer Lebenszufriedenheit von 6,1 und die Westdeutschen mit einem durchschnittlichen Wert von 6,7. Für die Zukunft werden demzufolge weitere Verschlechterungen des subjektiven Wohlbefindens befürchtet. Die Erwartungen an die Entwicklung des politischen und des wirtschaftlichen Systems waren 1994 noch durchweg positiv (Graphik 2 und 3). Im darauffolgenden Jahr hat es, wie unsere Daten belegen, einen gesamtdeutschen Wahrnehmungswandel gegeben, der im wesentlichen pessimisti-

schere Zukunftserwartungen beinhaltet. Mit Ausnahme der ostdeutschen Bewertung des politischen Systems geht die Bevölkerung von keinen mittelfristigen Verbesserungen mehr aus.

Klima einer vermuteten Wohlstandsgefährdung

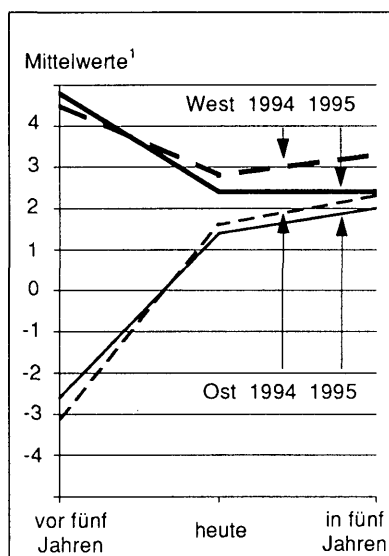
Die beschriebenen Trends im subjektiven Wohlbefinden liegen quer zur Ost-West-Kluft. Sie unterscheiden sich von direkten Vereinigungsfolgen und signalisieren möglicherweise mehr als ein temporäres Stimmungstief. Es ist bekannt, daß der Zusammenhang zwischen ökonomischen Wechselfällen und der Lebenszufriedenheit eher schwach ist. Daß im vorliegenden Fall eine so drastische Verringerung der Lebenszufriedenheit eingetreten ist, läßt daher auf tieferliegende Ursachen schließen. Die unsicheren und rückläufigen Zukunftseinschätzungen zeigen, daß die herausgehobene und langfristig stabile Wohlfahrtsposition der Bundesrepublik nicht mehr als selbstverständlich angenommen wird. Das Modell Bundesrepublik hat in der Wahrnehmung der Bürger seine Robustheit verloren. Diese Situation schafft Verunsicherungen und Besitzstandsängste, weil die schleichen-

Graphik 1: Allgemeine Lebenszufriedenheit



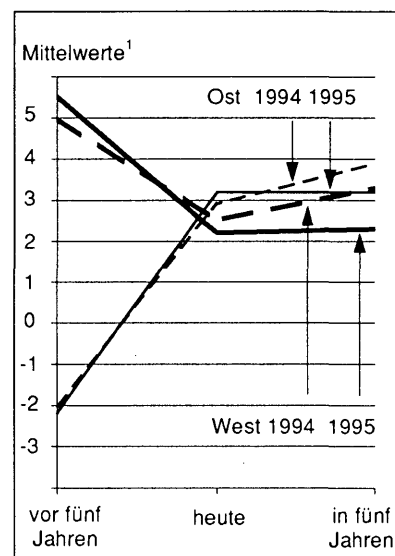
1 Mittelwerte auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)
Datenbasis: SowiBus 1994; Bus-Einschaltung 1995.

Graphik 2: Bewertung des politischen Systems



1 Mittelwerte auf einer Skala von -10 bis +10
Datenbasis: SowiBus 1994; Bus-Einschaltung 1995.

Graphik 3: Bewertung des wirtschaftlichen Systems



1 Mittelwerte auf einer Skala von -10 bis +10
Datenbasis: SowiBus 1994; Bus-Einschaltung 1995.

de Erosion von wohlfahrtsstaatlichen Er-rungenschaften befürchtet wird. Gleich-zeitig gibt es einen Verlust von Vertrau-en und glaubwürdigen Handlungsalter-nativen, die Problemlösungen bereitstel-len könnten. Es entsteht ein Klima einer vermuteten Wohlstandsgefährdung, das

einen realen Problemdruck zur Ursache hat und von öffentlichen Krisenszenarien begleitet ist.

*Thomas Bulmahn/Steffen Mau
Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Tel.: 030/25491389*

Trend zum frühzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben bisher ungebrochen

Der Übergang in den Ruhestand im Zeitverlauf und internationalen Vergleich

Standortdebatten und Diskussionen über die Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates gibt es derzeit nicht nur in Deutschland. Neben der zunehmenden Alterung der Gesellschaft ist es vor allem das Defizit an Arbeitsplätzen, das die Systeme der Sozialen Sicherung belastet. Die stetige Verlängerung der Ruhestandsphase bei einer gleichzeitigen Verkürzung der Erwerbsphase durch einen im Durchschnitt späteren Eintritt in das Arbeitsleben und dessen frühere Beendigung haben in erheblichem Maße zu den wachsenden Finanzierungsproblemen der Rentenversicherung beigetragen. Eine zunehmende Beitragsbelastung der Erwerbstätigen, aber damit zugleich auch steigende Lohnnebenkosten sind die Folgen. Im Rahmen ihres "Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung" hat die Bundesregierung kürzlich Maßnahmen - wie z.B. die Anhebung der Altersgrenzen für langjährig Versicherte - beschlossen, die hier Abhilfe schaffen sollen. Ob derartige Maßnahmen geeignet sind, den Trend zur früheren Beendigung des Erwerbslebens zu stoppen oder lediglich eine Umschichtung der Finanzlasten zwischen den Sozialversicherungssystemen bewirken werden, wird kontrovers beurteilt. Vor dem Hintergrund dieser Problemlagen untersucht der vorliegende Beitrag, wie sich der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Deutschland entwickelt hat und wie sich die Situation in anderen Ländern im Vergleich dazu darstellt.

Die in der Bundesrepublik seit Beginn der siebziger Jahre zu beobachtende langfristige Entwicklung ist als zunehmende „Entberuflichung des Alters“ charakterisiert worden. Gemeint ist damit vor allem die relative wie auch absolute Ausdehnung des Ruhestands als einer von Erwerbsarbeit weitgehend befreiten dritten Phase des Lebenslaufs. Neben der gestiegenen Lebenserwartung hat zu dieser Entwicklung insbesondere eine - in ihrem Ausmaß durchaus als dramatisch zu bezeichnende - sukzessive Vorverlagerung des Übergangs von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand beigetragen.

Für eine detailliertere Betrachtung dieses Geschehens und seiner Determinanten empfiehlt es sich, in dem Prozeß des Übergangs in den Ruhestand analytisch zwei Teilprozesse zu unterscheiden: den Austritt aus der Erwerbstätigkeit auf der

einen und den Eintritt in die Rente auf der anderen Seite. Dabei kann man vermuten, daß der Prozeß des Austritts aus der Erwerbstätigkeit stärker vom Zustand und den Entwicklungen des Arbeitsmarktes geprägt wird, während der Prozeß des Eintritts in die Rente in erster Linie über die institutionellen Voraussetzungen der Rentenversicherung und die von dort ausgehenden Verhaltensanreize gesteuert wird. Inwieweit von den „push“-Kräften des Arbeitsmarktes oder den „pull“-Kräften mehr oder weniger attraktiver Rentenversicherungskonditionen eine größere Wirkung ausgeht, ist eine Frage, die auch in der wissenschaftlichen Debatte kontrovers beurteilt wird.

Die nachfolgenden empirischen Betrachtungen beschränken sich auf die alten Bundesländer. Die Gründe dafür liegen einerseits darin, daß es hier vor allem

darum geht, Entwicklungstrends zu beobachten und internationale Vergleiche anzustellen, aber entsprechende Daten für die neuen Bundesländer zumeist nicht zur Verfügung stehen, zum anderen aber auch darin, daß der Prozeß des Übergangs in den Ruhestand in den neuen Bundesländern gegenwärtig durch die Ausnahmesituation des Transformationsprozessen in besonderer Weise geprägt wenn nicht sogar deformiert wird und deshalb nicht ohne weiteres in den hier beabsichtigten Vergleich einbezogen werden kann.

Erwerbsbeteiligung der 60-64-jährigen Männer auf unter 30 % gesunken

Wendet man sich zunächst der Frage nach dem Austritt aus der Erwerbstätigkeit zu, so läßt sich der diesbezügliche Wandel, der hier stattgefunden hat, an der Erwerbsbeteiligung der Altersgruppe der 55-64-Jährigen bereits eindrucksvoll ablesen (Graphik 1). Gemessen an der Erwerbsquote ist die Erwerbsbeteiligung bei den Männern dieser Altersgruppe in dem Zeitraum von 1972 bis 1993 um nicht weniger als 25 Prozentpunkte gesunken. Waren 1972 noch drei von vier Männern im Alter von 55 bis 64 Jahren erwerbstätig oder arbeitssuchend, traf dies 1993 nur noch für jeden zweiten zu. In der Gruppe der 60 bis 64-Jährigen Männer ist die Erwerbsquote zwischen 1972 und 1993 sogar von 69 Prozent auf nur noch 29 Prozent gesunken.

Ganz anders als bei den Männern ist die Erwerbsquote der 55-64-jährigen Frauen zwischen 1972 und 1993 unter einigen Schwankungen in etwa konstant geblieben (Graphik 1). Allerdings überlagern sich dabei in den hier verwendeten Querschnittsdaten zwei gegenläufige Prozesse: Einem tendenziell zum Teil ebenfalls früheren Austritt aus dem Erwerbsleben steht eine generelle Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen gegenüber. So wird bereits bei einer separaten Betrachtung der beiden Altersgruppen der 55-59-Jährigen und der 60-64-Jährigen deutlich, daß die Erwerbsquote in der jüngeren Altersgruppe von 36 auf 41 Prozent gestiegen ist, während bei den 60-64-Jährigen ein Rückgang der Quote von 18 auf nur noch 9 Prozent zu beobachten ist.

Man muß jedoch davon ausgehen, daß der Rückgang der Erwerbsbeteiligung, wie er sich auf der Basis einer Betrachtung von Erwerbsquoten darstellt, die tatsächliche